

Tagungsbericht

Politische Bildung zwischen gesellschaftlicher Herausforderung und Verunsicherung – rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Positionen entgegentreten

Ort/ Zeit: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam, 11. Februar 2016, 10-16 Uhr

Eine gemeinsame Veranstaltung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg (LAG)

Die diesjährige Tagung mit Vereinen der politischen Bildung begann unerwartet, nämlich nicht mit einer Rede. Ein kurzer Videoclip leitete das Thema des Vormittags ein: **Wie geht man als Anbieter politischer Bildung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen um?** Im Film wurde das Problem gelöst, indem ein Mann, der sich im Bus lautstark abfällig über einen dunkelhäutigen Fahrgast äußerte, an einer verlassenen Landstraße zurückgelassen wurde. „Ausstieg rechts“, so der passende und zugleich kecke Titel des Kurzfilms, löste Heiterkeit unter den rund 60 anwesenden Akteuren aus. Wenn es doch so einfach wäre im Alltag! Dass die „Raus aus dem Bus und Weiterfahren-Methode“ in der Praxis der politischen Bildung nicht die Lösung sein konnte, war allen bewusst. Widerspruch ist nötig, doch dabei der Dialog wichtig.

Martina Weyrauch, Leiterin der Landeszentrale, wies in ihrer Begrüßung auf die Brisanz des Tagungsthemas hin. Die politische Kultur in Deutschland und Europa habe sich mit der Flüchtlingsdebatte merklich verändert, rechtspopulistische und rechtsextremistische Positionen an Öffentlichkeit gewonnen. **Michael Jahn**, Geschäftsführer der LAG, warb dafür, sich noch breiter zu vernetzen und den Austausch unter den Anbietern politischer Bildung zu vertiefen. Denn: „Wir alle sind Praktiker, das Thema der diesjährigen Tagung tangiert unsere tägliche Arbeit.“

Trainieren gegen die Sprachlosigkeit

Um eben diese Tipps für die Praxis ging es in den Impulsreferaten von **Martin Ziegenhagen** und **Till Stromeyer**. Die beiden Argumentationstrainer stellten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven vor. **Martin Ziegenhagen** vom Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“ und dort Leiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus berät unter anderem Erwachsene, Eltern, die sich um ihre Kinder sorgen. Wie können Angehörige gegen das Ohnmachtsgefühl ankämpfen, wenn Kinder in die rechte Szene abwandern? „Die zunächst entstehende Sprachlosigkeit ist völlig normal“, erklärt Ziegenhagen, „man möchte das eine Argument bringen.“ Das gibt es aber nicht, ein einfaches Rezept gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit – eben so wenig. Ziegenhagen rät zur Übung. Die Konfrontation, das Gespräch im Kopf oder mit vertrauten Personen viele Male durchspielen. So entstehe Sicherheit, die in den entscheidenden Situationen helfen könne.

Till Stromeyer vom „Netzwerk für Demokratie und Courage“ bestätigte dies. Der Politologe bildet in seinen Seminaren vor allem Jugendliche aus, die dann als Multiplikatoren an Schulen, in Jugendvereinen usw. agieren. Jeder habe stets die Wahl zwischen verschiedenen Handlungsoptionen. Werde man mit rechtspopulistischen oder rechtsextremistischen Positionen konfrontiert, könne man diese ignorieren, sich entscheiden, später zu handeln oder sofort einschreiten. Die Wahl der richtigen Option müsse für verschiedene Situationen geübt werden und selbst dann passieren Fehler, wenn man mit einem realen Sachverhalt konfrontiert ist.

Kontroversitätsprinzip kennt keine Grenzen

In diesem Zusammenhang tauchte bei den Teilnehmern auch die Frage auf, ob eine Diskussion mit Rechtspopulisten oder Neonazis überhaupt sinnvoll sei. Sowohl **Ziegenhagen** als auch **Stromeyer** stärkten in ihrer Antwort das Kontroversitätsprinzip in der politischen Bildung. Dieses kenne keine Grenzen, so Ziegenhagen, aber selbstverständlich Regeln. „Es darf natürlich nicht beleidigt, gehetzt oder verleumdet werden“. Diese Regeln müssten allen Beteiligten auch klar aufgezeigt werden.

Doch wie diskutiert man im Fall des Falles? Extrem gut vorbereitet, so **Stromeyer**. Einerseits mit Argumenten, die Widersprüche aufzeigen. Wenn es also auf Pegida-Transparenten heißt: „Flüchtlinge nehmen uns die Arbeit weg“ und auf anderen steht „Flüchtlinge wollen nicht arbeiten“, dann sei dies ein Widerspruch und somit ein Anknüpfungspunkt für eine sachliche Diskussion. **Martin Ziegenhagen** gab andererseits zu bedenken: „Es gibt Situationen, da hilft selbst die faktische Wahrheit nicht mehr.“ Einige der anwesenden Akteure bestätigten dies aus eigener Erfahrung, etwa wenn es an öffentlichen Orten zu gewaltsamen Konfrontationen mit Neonazis kommt. Gegen Gewalt kann man nicht argumentieren, ergänzte **Stromeyer**. Da könne es helfen, Dritte anzusprechen und zu mobilisieren. Laien sollten jedoch grundsätzlich nicht mit Rechtsextremen oder organisierten Neonazis diskutieren. Die Rahmenbedingungen für eine solche Debatte müssten sehr gut vorbereitet werden, damit nicht antidemokratische Positionen die Überhand gewinnen, wie es in letzter Zeit häufig in Talkshows zu beobachten sei.

Martina Weyrauch machte zu diesem Punkt deutlich, wie wichtig es sei, gleich zu Beginn einer Diskussion einen klaren Standpunkt zu beziehen. „Wir in der Landeszentrale machen die Erfahrung, dass durch das Aufstellen von Regeln für die Debatte andere Anwesende gestärkt und damit, oft weniger lautstark geäußerte, demokratische Positionen unterstützt werden.“

Erwachsene im Fokus der politischen Bildung

In der Diskussion kam ebenfalls die Frage auf, ob der Schwerpunkt in der Debatte um politische Bildung nicht stärker als bislang auf bereits ausgereifte Persönlichkeiten, auf Erwachsene gesetzt werden müsste. Immerhin ergab erst kürzlich eine Studie, dass sich der durchschnittliche Pegida-Demonstrant im besten Alter befinde und mindestens Hochschulreife besäße. Wie weit kann man also bei diesen Menschen in die Persönlichkeitsbildung eingreifen? **Ziegenhagen** betonte, es sei wichtig, Respekt zu zeigen und die Ängste, Unzufriedenheit und Überforderung ernst zu nehmen, denn diese seien nun mal real. **Stromeyer** ergänzte, dass das Alter dabei im Grunde nicht so wichtig sei, wichtig sei das Interesse am Gegenüber. Auch hier helfe in der Regel ÜBEN.

Die Frage einer Teilnehmerin, wie viel öffentlicher Raum Rechtspopulisten oder Rechtsextremisten gegeben werden sollte, rückte erneut die wesentlichen Bestandteile in der Auseinandersetzung mit diesen Positionen in den Vordergrund: Wenn man sich für ein solches Gespräch entscheidet, gilt es, die Rahmenbedingungen für die Diskussion sehr genau vorzubereiten. Dazu zählt die Auswahl der Gesprächspartner, das Gespräch selbst nicht unkommentiert zu lassen, Regeln und Sanktionen kenntlich zu machen und den eigenen Standpunkt zu verdeutlichen.

Herausforderungen für die politische Bildung

„Rechtspopulisten fallen nicht vom Himmel“, so der **Kommentar eines Teilnehmers** am Ende der Diskussion. Momentan fühlten sich eindeutig rechts ausgerichtete Äußerungen aus der Mitte für Viele legitim an, dies gelte es zu verhindern. Es sei eine Aufgabe der politischen Bildung, die Diskrepanz zwischen Bürgern, den Medien und der Politik nicht größer werden

zu lassen. „Aber eines dürfen wir auch nicht vergessen“, wandte **Martina Weyrauch** ein. „Gerade in dieser Zeit zeigt sich ein großes Interesse an Politik in der Bevölkerung, vor allem junge Menschen werden zum ersten Mal gesellschaftspolitisch aktiv. Es gibt viele positive Beispiele, die belegen, dass die regionale Willkommenskultur und Integration in Brandenburg funktioniert.“ Dies sei auch das Verdienst vieler engagierter Akteure, die sich an diesem Donnerstag in der Landeszentrale trafen. Abseits der Debatte um die Kontroverse rechtspopulistischer und rechtsextremer Positionen müsse der Fokus auch auf die positiven Aspekte des gegenwärtigen Wandels gesetzt werden.

Nach einer Pause führten die Beteiligten der Trägerkonferenz Gespräche zu Förderprojekten und weiteren Vorhaben für das Jahr 2016. Für freie Träger und Vereine interessant: **Ab 18. April 2016 kann in der Landeszentrale die Wanderausstellung „Wendekinder II – Eine Fortsetzung“ ausgeliehen werden.** Mehr Informationen auf der Homepage der Landeszentrale und unter bit.ly/1Lt67IZ

Außerdem **wichtig für alle, die einen Förderantrag stellen wollen:** Die Anregungen der Träger werden zum Anlass für eine Aktualisierung der Hinweise zur Förderung und Online-Antragsstellung auf der Webseite der Landeszentrale genommen. Über Änderungen wird auf der Homepage, im Newsletter, auf Facebook und per E-Mail informiert.

Lina Dingler (Februar 2016)